

SICHERHEITSBEHÖRDEN STÄRKEN
- JETZT FÜR DIE ZUKUNFT

Sicherheitsbehörden stärken

- jetzt für die Zukunft

Ein Konzept der
Deutschen Polizeigewerkschaft Niedersachsen



Stand: August 2016

Einleitung

Sicherheit ist Grundbedürfnis

Die Innere Sicherheit ist eines unserer höchsten Güter. Gut aufgestellte und ausgestattete Sicherheitsbehörden ermöglichen ein gedeihliches Zusammenleben in diesem Land. Dieses Grundbedürfnis der Menschen muß stets im Mittelpunkt des Handelns der verantwortlichen Politiker stehen.

Wirtschaftsfaktor Sicherheit

Doch gerade in Zeiten mit zunehmenden und immer konkreter werdenden Bedrohungslagen werden die Sicherheitsbehörden vor deutlich größere Herausforderungen gestellt. Hinzu kommen immer komplexere Bekämpfungsstrategien bei der sogenannten Alltagskriminalität, beispielsweise im Bereich der Einbruchskriminalität. Zusätzlich werden die größeren Einsatzlagen auch permanent zahlreicher und kräfteintensiver. Internationale Konflikte wie die aktuellen Spannungen in der Türkei werden vielfach auch in Deutschland ausgetragen.

Gut aufgestellte Sicherheitsbehörden sind darüber hinaus ein Wirtschaftsfaktor. Nur dort, wo sich Menschen sicher fühlen, lassen sie sich nieder. Und nur dort werden sich Unternehmen ansiedeln und für Arbeitsplätze und Steuereinnahmen sorgen.

Deshalb gilt es aktuell und in Zukunft, die Sicherheitsbehörden in Niedersachsen personell zu stärken, gut auszustatten und den Beruf attraktiver zu machen.

Die **DPoIG** möchte dazu die Schwerpunkte ihrer Lösungsansätze vorstellen.

Personal

Mehr Personal für mehr Sicherheit

Vor 2003 war Niedersachsen in der sogenannten Polizeidichte, also der Quote Bevölkerung zu vorhandenen Polizisten, im Vergleich der Flächenbundesländer an letzter Stelle. Durch die von der CDU/FDP-Landesregierung beschlossenen Personalverstärkungen ist Niedersachsen mittlerweile im Mittelfeld angelangt. Das ist eine begrüßenswerte Entwicklung. Aktuell plant die SPD geführte Landesregierung die Einstellung von jeweils 150 zusätzlichen Polizisten in den Jahren 2017 und 2018, wie es schon 2016 geschehen ist.

SICHERHEITSBEHÖRDEN STÄRKEN - JETZT FÜR DIE ZUKUNFT

Neue
Kriminalitäts-
phänomene
binden Personal

Diese zusätzlichen Einstellungen sind Vorratseinstellungen, um aufgrund des demographischen Wandels einem Bewerbermangel in den kommenden Jahren vorzubeugen. Sie werden also langfristig nicht zu einer Personalverstärkung führen. Diese Personalverstärkungen müssen aber dauerhaft sein. In den vergangenen Jahren ist zwar die Zahl der Planstellen gewachsen – gleichzeitig sind aber auch die Aufgaben und Belastungen der Polizei gestiegen. So musste beispielsweise das Landeskriminalamt personell deutlich verstärkt werden, neue Kriminalitätsformen wie Cybercrime und immer komplexere Ermittlungstätigkeiten binden mehr Personal.

Krankheitsquote
reduziert
zusätzlich

Weiterhin weist die Polizei eine durchschnittliche Krankheitsrate von 7 – 8 % auf. Täglich fehlen ca. 1500 Polizisten allein deshalb im Dienst. Dadurch können oftmals nicht einmal die errechneten Mindeststärken gehalten werden. Damit bleibt insbesondere die Präventionsarbeit auf der Strecke. Das Ziel, mehr Polizei auf die Straße zu bekommen, konnte nach Auffassung der **DPoIG** bisher nicht verwirklicht werden. Polizeiliche Präsenz wird aber von den Bürgern stärker denn je gewünscht und ist gerade bei den aktuellen Bedrohungslagen noch einmal deutlich in der Priorität gestiegen.

1000 Planstellen
mehr

Deshalb müssen die Sicherheitsbehörden jetzt und in Zukunft gestärkt werden. Die DPoIG schließt sich damit der Forderung der CDU und der FDP an, 1000 zusätzliche Polizisten in den nächsten Jahren einzustellen.

Ausstattung

Ausstattung den
Ansprüchen
anpassen

In den letzten Jahren wurde deutlich mehr Geld in die Schutzausstattung der Polizei investiert. Jeder Polizist besitzt mittlerweile eine persönliche Schutzweste, die Einsatzanzüge wurden verbessert und vieles andere mehr. Doch die aktuellen Entwicklungen, insbesondere durch den islamistisch geprägten Terrorismus, fordern die Polizei auch in Fragen der Ausstattung. Schutzwesten mit höherer Klassifizierung, entsprechende Fahrzeuge und die bessere Sicherung von Liegenschaften sind nur mit zusätzlichen finanziellen Mitteln möglich.

Die DPoIG fordert deshalb eine deutliche Aufstockung des Sachmittelhaushaltes, mehr Investitionen in die Liegenschaften und eine deutliche Verjüngung des Fahrzeugparks.

Attraktivität des Berufes

Attraktivität des
Polizeiberufs
steigern

In den nächsten Jahren werden fast 50% des Personalkörpers die Lebensarbeitszeitgrenze erreichen. Nicht nur, dass mit den Pensionierungen viel Erfahrungswissen verloren geht und konzeptionell weitervermittelt werden muss – die Pensionierten müssen auch ersetzt werden. Hinzu kommt die von Teilen der Politik und der **DPoIG** geforderte dauerhafte Verstärkung der Sicherheitsbehörden. Der demographische Wandel in unserer Gesellschaft wird aber dazu führen, dass die Schülerabgangszahlen mittelfristig sinken werden. Gleichzeitig wird der Einstellungsbedarf anderer attraktiver Arbeitgeber in der Wirtschaft oder anderen Verwaltungszweigen ebenfalls höher. Mit diesen tritt die Polizei in Konkurrenz und muss deshalb konkurrenzfähig bleiben.

5000 Bewerber
erforderlich

Zurzeit bewerben sich ca. 5000 junge Menschen jährlich bei der Polizei. Allerdings besteht nur ca. $\frac{1}{4}$ das gesamte Einstellungsverfahren. Nach Auffassung der **DPoIG** wird es schwierig, ohne Verbesserungen bei der Attraktivität des Berufes diese Bewerberzahlen zu halten. Die Attraktivität eines Berufes zeichnet sich durch das Tätigkeitsfeld, die finanziellen und sozialen Rahmenbedingungen aus.

Wartezeiten auf
Beförderung nicht
akzeptabel

Bei den finanziellen Rahmenbedingungen besteht dringender Nachholbedarf gegenüber anderen Ländern oder der Bundespolizei. So ist das Einkommen insbesondere aufgrund der kompletten Streichung der Sonderzahlung deutlich geringer als in anderen Bundesländern. Durch die letzten mageren Gehaltserhöhungen für die Beamten in Niedersachsen hat sich der Abstand zu den Tarifbeschäftigten oder Arbeitnehmern noch weiter vergrößert. Die Beförderungsaussichten sind in Niedersachsen deutlich schlechter als in anderen Bundesländern. So beträgt die durchschnittliche rechnerische Wartezeit auf die erste Beförderung 12 – 15 Jahre. Für viele Polizisten ist dies die einzige Beförderung in ihrem Berufsleben. Im Bereich der Polizeiverwaltung sind die Perspektiven für einen Aufstieg ebenfalls schlecht.

Die DPoIG fordert deshalb den Einstieg in den Abbau des Einkommensrückstandes. Dazu gehört die wirkungsgleiche Übernahme der Tarifabschlüsse auf die Beamten und die Wiedereinführung der Sonderzahlung.

SICHERHEITSBEHÖRDEN STÄRKEN - JETZT FÜR DIE ZUKUNFT

Stellenhebungen
unbedingt
notwendig

Nur kontinuierliche Stellenhebungsprogramme können die unzumutbaren Wartezeiten verringern. Gleichzeitig müssen die Dienstposten und Arbeitsplätze evaluiert werden, um eine Aufwertung polizeilicher Arbeit zu erreichen. Nur so kann die Polizei sich mit anderen Verwaltungen vergleichen und Karrieren ermöglichen. Das gilt für den Vollzug und die Verwaltung gleichermaßen.

Deshalb fordert die DPoIG jährliche Stellenhebungsprogramme bis hinein in die Spitzenämter.

Audit Beruf und
Familie ist kein
Selbstläufer

Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf als soziale Rahmenbedingung muss gefördert werden. Das fängt bei einem Studium mit Kinderbetreuung an. Dazu sind familiengerechtere Schichtsysteme einzuführen, mehr Teilzeitmöglichkeiten anzubieten und ein baldiger Wiedereinstieg nach familienbedingten Auszeiten zu ermöglichen. Das würde den Beruf insbesondere für junge Frauen attraktiver machen.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass solche Programme nur mit weiterem, zusätzlichem Personal zu verwirklichen sind. Mutterschutz, Erziehungsurlaub und Teilzeit bewirken eine Reduzierung des „aktiven Personalkörpers“, die bei Neueinstellungen bisher nicht in erforderlichem Umfang berücksichtigt wird.

Verfassungsschutz

Frühwarnsystem
Verfassungsschutz

Neben der Polizei ist auch der Verfassungsschutz in seiner Funktion als „Frühwarnsystem“ ein wichtiger Baustein der Sicherheitsarchitektur. Die oben beschriebenen Problemstellungen treffen in teilweise differenzierter Ausprägung auch im Verfassungsschutz zu.

Große Anteile des Personals werden aus dem Bereich der Polizei rekrutiert und auch im Verfassungsschutz werden 50% des Personalkörpers in den nächsten Jahren die Lebensarbeitszeitgrenze erreichen.

Fehlende
Wertschätzung
des Verfassungsschutzes

Die Attraktivität des Berufes ist in den letzten Jahren unter anderem auch durch die negative mediale Berichterstattung und schlechtere Berufsperspektiven stark gesunken: Die Einstiegsdienstposten sind deutlich schlechter bewertet als in der Polizei.

SICHERHEITSBEHÖRDEN STÄRKEN - JETZT FÜR DIE ZUKUNFT

Die durchschnittlichen Beförderungswartezeiten sind ebenfalls auf viele Jahre angestiegen und Erschwerniszulagen wie „Dienst zu ungünstigen Zeiten“ oder „Zulagen für besondere Einsätze“ werden im Gegensatz zur Polizei trotz fast identischer Tätigkeit nicht gewährt. Hierzu konträr sind allerdings die Ansprüche an die Qualifikation potentieller Bewerber -beispielsweise im Bereich der IT- oder der Fremdsprachenkenntnisse- deutlich angestiegen. In der Konsequenz führt dies zu einer sich sowohl quantitativ als auch qualitativ verschlechternden Bewerbersituation.

Auch hier ist mehr
Personal
erforderlich

Die aktuelle innenpolitische Lage mit steigenden Radikalisierungstendenzen in der Bevölkerung, ansteigendem Personenpotential sogenannter „Gefährder“ und/oder „Rückkehrern“ zeigt in mehrfacher Hinsicht einen dringenden Handlungsbedarf zur Aufstockung des Personals und der damit einhergehenden Sachmittelausstattung zur Verbesserung der technischen und operativen Möglichkeiten und des Know-hows auf. Der gestiegenen Wahrscheinlichkeit von Terroranschlägen noch massiver betroffen zu sein als aktuell muss aktiv entgegengewirkt werden, damit sich die Bevölkerung sicher fühlen kann.

Zusätzlich werden durch die Novellierung des NVerfSchG die Anforderungen an die Dokumentationspflichten deutlich erhöht, so dass auch hierdurch verstärkt Personalressourcen für administrative Tätigkeiten gebunden werden.

Die DPoIG fordert deshalb eine deutliche Aufstockung des Personal- und Sachmittelhaushaltes des Verfassungsschutzes, um den gestiegenen Anforderungen zur Nachrichtengewinnung und -analyse effektiv begegnen und der Funktion des „Frühwarnsystems“ gerecht werden zu können.

Die DPoIG ist davon überzeugt, dass die Innere Sicherheit nur durch ein partnerschaftliches Zusammenarbeiten zwischen Verfassungsschutz und Polizei zu gewährleisten ist, die sowohl personell als auch finanziell zukunftsfähig ausgestattet werden müssen.

Weitere Forderungen der DPoIG an die Politik

Beschneidungen
der Polizei endlich
beenden

- Abschaffung der **Beschwerdestelle**: Sie ist überflüssig und ein Misstrauensvotum gegen die Polizei
- Beenden der Diskussion über eine **Kennzeichnungspflicht** bei geschlossenen Einsätzen.
- Ergebnisoffene Diskussion über neue **Distanzmittel**. Nach dem Einsatz des Pfeffersprays bleibt bisher nur die Schusswaffe mit den gravierenden Folgen.
- Wiedereinführung der **Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage**. Dieses ist beispielsweise in Nordrhein-Westfalen in 2016 umgesetzt worden. Gleichzeitig muss die **Polizeizulage deutlich erhöht** werden, um die Attraktivität des Berufes zu steigern und Wertschätzung gegenüber dem gesamten Berufsstand zum Ausdruck zu bringen.
- **Besondere Belastungen finanziell besser würdigen**. Dazu zählt der Schichtdienst. Hier sollte mindestens die Zulagenhöhe der Bundespolizei als Maßstab genommen werden. Weiterhin müssen die Zulagen für Spezialeinheiten angepasst werden. Andere besonders belastete Dienste wie manche Ermittlungsbereiche oder geschlossene Einheiten müssen ebenfalls besser bezahlt werden.
- Eine **intensivere Videoüberwachung** des öffentlichen Bereichs und nicht nur an Verkehrsknotenpunkten, um Verkehrsstörungen schneller zu erkennen. Straftäter müssen damit rechnen, dass ihr kriminelles Tun so beobachtet, verhindert und ihre Identität schnell festgestellt werden kann.
- Den Dienstbetrieb **hemmende Anordnungen** wie das Wiegen des Pfeffersprays gehören schnellstmöglich zurückgenommen.

Wenn diese Lösungsansätze zeitnah umgesetzt werden, dann wird dies dazu beitragen, dass die Menschen auch in Zukunft in Niedersachsen sicher leben können.

Der Geschäftsführende Landesvorstand

SICHERHEITSBEHÖRDEN STÄRKEN
- JETZT FÜR DIE ZUKUNFT

Notizen